Der Bezirk Westliches Westfalen regt an, auf verschiedenen Parteiebenen Arbeitskreise einzurichten, die sich mit der Suchtproblematik befassen sollen. Die SPD müsse mit ihrer Jugendarbeit aus der Routine der Organisationsarbeit ausbrechen und die Jugendarbeit über einen längeren Zeitraum als Gesamtaufgabe der Partei behandeln. Deshalb fordert der Bezirk Franken eine Aktion aller Mandatsträger "Gespräch mit der Jugend", in der insbesondere Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, Fragen der Meinungsfreiheit und persönliche Entfaltung Jugendlicher und die Suchtproblematik diskutiert werden sollten.

VERKEHRSPOLITIK (Anträge 448 - 464)

Schwerpunkt der 16 Anträge zur Verkehrspolitik ist die Forderung nach Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und die Überprüfung von Strassenneubauten. Ausgehend von der erforderlichen Energieeinsparung und zunehmender Verkehrsdichte fordert unter anderen der Landesverband Saar für eine zukünftige und vorausschauende Verkehrspolitik die Überprüfung und Veränderung aller Bedarfspläne zum Strassenausbau, verstärkte alternative Verkehrsplanung im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (Schiene und Bus), des Radfahr- und Fussgängerverkehrs, verstärkte finanzielle Förderung von Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten und grundsätzlich eine bessere Bürgerbeteiligung bei Verkehrsplanungen. Wegen der hohen Unfallzahlen bei motorisierten Zweiradfahrern, vor allem 15-17-jährigen, sollte nach dem Antrag des Ortsvereins Tiefenbronn für Mofas und ähnliche Zweiräder eine Fahrerlaubnis eingeführt werden. Der Bezirk Hessen-Süd beantragt, ähnlich wie andere, geplante Streckenstillegungen bei der Bundesbahn, wenn irgend möglich, aufzugeben.

ENERGIEPOLITIK (Anträge 500 - 662)

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht die Diskussion des Leitantrags des Parteivorstandes zur Energiepolitik. Sie wird aller Voraussicht nach durch Initiativanträge zusätzlich belebt werden.

Hier wird es vor allem die von Erhard Eppler und Reinhard Ueberhorst in der energiepolitischen Kommission und im Parteivorstand vertretene Alternative sein, die sich dem Antrag des Parteivorstandes gegenüberstellt.

Horst Ehmke, der Vorsitzende der energiepolitischen Kommission, begründet die Entscheidung des Parteivorstandes, einen begrenzten Ausbau der Kernenergie zu empfehlen, damit, dass alle Bemühungen, Energie zu sparen und besser zu nutzen, kurzfristig nicht kräftig genug wirken. Dies gelte auch für neue Energieträger. "Die Zeit bis zur wirksamen Entlastung durch Energiesparen und neu entwickelte Energieträger muss durch verstärkten Einsatz von Kohle und durch Kernenergie überbrückt werden. Der Vorrang gebühr